

## **Inputpapier des Willy-Brandt-Kreises: „Unsere Globale Verantwortung. Europäisch und weltoffen für Frieden, Souveränität und Solidarität“ Eine völkerrechtliche Perspektive**

Die internationale Ordnung befindet sich in einer Phase tiefgreifender Transformation. Krieg selbst in Europa, geökonomischer Wettbewerb, systemische Rivalitäten und die Erosion multilateraler Institutionen stellen das Völkerrecht vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Es bleibt unverzichtbarer normativer Ordnungsrahmen, ist aber zunehmend politisch umkämpft.

Vor diesem Hintergrund kommt Europa – und innerhalb Europas insbesondere Deutschland – eine zentrale Verantwortung zu. Diese Verantwortung ist nicht hegemonial, sondern muss koalitionsfähig sein. Deutschland muss als gestaltende Kraft innerhalb einer handlungsfähigen Europäischen Union wirken. Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und wertegebundene, also menschenrechts-geleitete, Außenpolitik sind drei unumstößliche Säulen unserer Außenpolitik.

Das neue Grundsatzprogramm der SPD sollte daher ein klares Leitbild formulieren: Europa mit dem Motor Deutschland als souveräner, weltoffener und rechtlich gebundener Akteur, der Frieden sichert, Wohlstand ermöglicht und globale Partnerschaften auf Augenhöhe gestaltet.

### **1. Friedenssicherung durch Recht**

Die Friedensfunktion des Völkerrechts, der auch das Grundgesetz verpflichtet ist, ist und bleibt der zentrale normative Anker sozialdemokratischer Außenpolitik. In einer Welt zunehmender Machtpolitik muss sie jedoch strategisch abgesichert und politisch operationalisiert werden.

#### **a) Stärkeres Bekenntnis zum Gewaltverbot**

Dazu gehört zuallererst die Verteidigung und Durchsetzung des Gewaltverbots. Das Gewaltverbot ist kein bloßes Ideal, sondern die zentrale Ordnungsnorm des modernen Völkerrechts seit 1945, das auch klaren Ausdruck als staatliche Verpflichtung im Grundgesetz findet. Deutschland sollte sich für die Verteidigung des Völkerrechts konsequenter einsetzen – politisch, rechtlich und, soweit völkerrechtlich autorisiert, auch durch Beiträge zu kollektiver Sicherheit. Verstöße gegen das Gewaltverbot – egal, in welcher Form, auf welchem Territorium stattfindend und von wem ausgehend – müssen durch deutsche und europäische Akteure verurteilt werden.

#### **b) Recht als Grundlage europäischer Sicherheit**

Friedenssicherung erfolgt heute, anders als zu Gründungszeiten der Europäischen Gemeinschaften, zunehmend auch im europäischen Rahmen. Die EU muss sich stärker als auch sicherheitspolitischer Akteur verstehen, der strategisch handlungsfähig und zugleich im Völkerrecht verankert bleibt. Die EU muss sicherheitspolitisch eigenständiger handeln können – etwa durch gemeinsame militärische Fähigkeiten, koordinierte Rüstungsprojekte und schnellere Entscheidungsverfahren, anstatt ausschließlich auf nationale oder transatlantische Strukturen

angewiesen zu sein. Beispiele sind der Ausbau von EU-Missionen im Rahmen der GSVP, gemeinsame Beschaffungsiniciativen für Verteidigungsgüter oder ein stärker integriertes Vorgehen bei Sanktionen und Cybersicherheit.

## **2. Deutschlands Verhältnis zu internationalen Organisationen**

Internationale Organisationen sind zentrale Pfeiler der regelbasierten Ordnung. Ihre Stärkung ist Ausdruck und Voraussetzung europäischer und deutscher Handlungsfähigkeit.

### **a) Die Vereinten Nationen als globaler Referenzrahmen**

Deutschland muss die UN als zentrale Legitimationsinstanz internationaler Politik stärken und Reformprozesse aktiv vorantreiben. Gleichzeitig muss Europa lernen, innerhalb der UN geschlossener und strategischer aufzutreten. Dies erfordert ein stärker koordiniertes Auftreten Europas in UN-Gremien, etwa durch gemeinsame Abstimmungen und Initiativen, um politisches Gewicht zu bündeln. Zugleich muss Deutschland an Reformvorschlägen wie einer repräsentativeren Ausgestaltung des Sicherheitsrats festhalten und die Stärkung menschenrechtlicher Mechanismen aktiv vorantreiben. Dazu gehören Untersuchungskommissionen, die Menschenrechtsverletzungen in Krisengebieten dokumentieren (z. B. in der Ukraine oder in Gaza). Hinzu kommen Staatenberichtsverfahren im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats (Universal Periodic Review) sowie die Unterstützung von Sonderberichterstatter:innen und Unabhängigen Expert:innen, die konkrete Länder- oder Themenbereiche überwachen und öffentlich berichten.

### **b) Internationale Gerichtsbarkeit als Schlüssel zur Rechtsdurchsetzung**

Die SPD sollte sich klarer zur Stärkung internationaler Gerichte bekennen. Internationale Rechtsdurchsetzung darf nicht selektiv erfolgen, sondern muss universell gelten. Dazu gehört insbesondere, dass Deutschland und Europa ihre politische und praktische Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof ausbauen und gleichzeitig an dessen Effektivität und globaler Akzeptanz arbeiten. Deutschland muss Entscheidungen des Gerichts (wie die Ausstellung von Haftbefehlen) akzeptieren und umsetzen. Vor dem Internationalen Gerichtshof sollte Deutschland, in Koordination mit der EU, strategische Staateninterventionen vornehmen und durch die konsequente Nutzung von Jurisdiktionsklauseln die globale Einhaltung von Menschenrechten vorantreiben.

## **3. Deutschland in Europa**

Europa ist der zentrale Handlungsrahmen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Seine Stärke entscheidet auch für Deutschland über die Fähigkeit, globale Verantwortung effektiv wahrzunehmen.

### **a) Zwischen Einheit und Vielfalt: Europa als einzigartiger Staatenverbund**

Die SPD sollte sich zu einer vertieften Integration in zentralen Politikfeldern bekennen. Dazu zählt zuvorderst auch die Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Ziel ist kein schematischer Bundesstaat, sondern eine handlungsfähige politische Union, die dort integriert, wo es für Souveränität und Wirksamkeit sinnvoll ist. Eine voranschreitende Integration kann also nur unter Berücksichtigung des Prinzips der Subsidiarität gelingen, die der Verschiedenheit der Mitgliedsstaaten Rechnung trägt und die Legitimation der EU selbst fördert.

### **b) Deutschland als Motor der Integration**

Deutschlands Rolle ist nicht die eines dominierenden oder gar hegemonialen Akteurs in der Union, sondern die eines Koalitionsbauers. Führung zeigt sich in der Fähigkeit, Mehrheiten zu überzeugen, Kompromisse zu ermöglichen und gemeinsame europäische Positionen zu entwickeln.

Dies erfordert eine engere Abstimmung mit zentralen Partnern, insbesondere Frankreich, sowie die Fähigkeit, nationale und europäische Interessen strategisch zu verzahnen. Dafür muss die EU institutionell weiterentwickelt werden. Dazu gehört die schrittweise Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in der Außenpolitik und der Ausbau gemeinsamer sicherheits- und verteidigungspolitischer Strukturen.

### **c) Europa als attraktiver globaler Partner**

Europa muss attraktiverer Partner für Staaten außerhalb Europas werden, gerade auch im Globalen Süden, bevor andere Partner, die weniger wertebunden agieren, Europa den Rang ablaufen. Dafür sind eine *faire* wirtschaftliche Kooperation gerade mit Staaten des globalen Südens, ernsthafte Partnerschaften im Klimaschutz und die Abkehr von rein wirtschaftsinteressen geleiteter Außenpolitik notwendig. Ein solches Angebot stärkt nicht nur globale Kooperation, sondern auch die Legitimität der internationalen Ordnung, und die Europäische Rolle darin. Fragile Staaten müssen auch weiterhin durch humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Bildungsinitiativen und den Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen stabilisiert werden. Hier den Rotstift anzusetzen, ist falsch. Resilienz muss gestärkt werden, wenn wirtschaftliche Perspektiven geschaffen und Menschenrechte geschützt werden sollen. Dies beinhaltet faire und rechtlich überprüfbare Lieferketten, Klimaschutzmaßnahmen und Programme zur Unterstützung von Zivilgesellschaften in Krisen- und Konfliktregionen.

## **4. Deutschland und die transatlantischen Beziehungen**

Die transatlantische Partnerschaft bleibt zentral, muss aber in ein verändertes globales Umfeld eingebettet werden.

### **a) Transatlantische Partnerschaft mit wertebundener Grundlage**

Die transatlantischen Beziehungen sind zunehmend durch systemische Konkurrenz und geökonomische Spannungen geprägt. Die Partnerschaft muss aber auch weiterhin in gemeinsamen Werten verankert sein. Europa muss zudem darauf beharren, dass die Zusammenarbeit mit den USA auf gemeinsamen normativen Grundlagen beruhen muss, insbesondere auf der Achtung des internationalen Rechts, etwa bei der Achtung und Gewährleistung von Menschenrechten und dem Bekenntnis zur friedlichen Streitbelegung.

#### **b) Europäische Eigenständigkeit und globale Vermittlungsrolle**

Zugleich erfordert eine stabile Partnerschaft auf Augenhöhe eine stärkere europäische Eigenständigkeit. Eine erhöhte Handlungsfähigkeit Europas in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit ist daher Voraussetzung für eine transatlantische Zusammenarbeit. Auf dieser Grundlage kann Europa auch seine Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen globalen Ordnungsmodellen wahrnehmen, etwa im Verhältnis zwischen Staaten des Globalen Nordens und des Globalen Südens. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein geschlossenes, strategisch abgestimmtes Auftreten Europas, das eigene Interessen klar definiert und zugleich auf Kooperation und Ausgleich setzt.

### **5. Deutschland und China**

Die Beziehungen zu China sind ein Prüfstein für eine rechtlich gebundene sowie strategisch realistische Außenpolitik.

#### **a) Rechtsbasierte Einbindung und systemische Rivalität**

Deutschland und Europa sollten konsequent auf die Einhaltung des Völkerrechts drängen, etwa im Handels-, See- und Umweltrecht. Auch klare menschenrechtliche Standards müssen eingefordert werden, zumal China als einer der wenigen Staaten weltweit (neben anderen menschenrechtlichen Abkommen) noch immer nicht den Zivilpakt ratifiziert hat. Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien sind integraler Bestandteil der internationalen Rechtsordnung und dürfen nicht relativiert werden.

#### **b) Selektive Kooperation im multilateralen Rahmen**

Gleichzeitig bleibt China ein zentraler Partner bei globalen Herausforderungen. Deutschland und Europa sollten daher auf Zusammenarbeit im multilateralen Rahmen setzen, etwa im Wirtschafts-, Klima- und Gesundheitsbereich, wobei diese Kooperation stets an völkerrechtliche Standards gebunden sein muss.

### **6. Deutschland in einer Allianz der Mittelmächte**

In einer fragmentierten Weltordnung gewinnen flexible Kooperationsformate an Bedeutung. Deutschland sollte gemeinsam mit europäischen und außereuropäischen Partnern eine „Allianz der

Mittelmächte“ stärken, die sich zur regelbasierten Ordnung und zur Geltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts bekennen.

#### **a) Gemeinsame Nutzung des Völkerrechts als Strategie**

Recht wird zunehmend auch zum Instrument geopolitischer Gestaltung. Die Allianz der Mittelmächte sollte diese Dimension aktiv und koordiniert nutzen, etwa durch gemeinsame Initiativen in internationalen Organisationen, abgestimmte Staatenpraxis oder strategische Interventionen vor internationalen Gerichten. Ziel ist es, völkerrechtliche Normen nicht nur zu bewahren, sondern gezielt weiterzuentwickeln und ihre geschwächte Durchsetzung im internationalen System wieder zu verbessern.

#### **b) Offenheit und Partnerschaft**

Diese Allianzen müssen inklusiv gestaltet sein und insbesondere Staaten des Globalen Südens einbinden. Dies erfordert Angebote auf Augenhöhe, die wirtschaftliche Kooperation, faire Handelsbeziehungen und gemeinsame Interessen z.B. im Klimaschutz, in der humanitären Hilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Nur so kann eine breite Unterstützung für eine regelbasierte internationale Ordnung gesichert und ihre Legitimität nachhaltig gestärkt werden.

#### **Ausblick: Europäische Stärke und Völkerrecht als Grundlagen globaler Verantwortung**

Die SPD sollte im neuen Grundsatzprogramm klar formulieren: Europäische Stärke ist die Voraussetzung für Europäische Verantwortung in der Welt. Europa muss sich mehr zutrauen. Ein handlungsfähigeres Europa kann Frieden sichern, wirtschaftliche Stärke ausbauen, demokratische Werte und Menschenrechte stärken und als attraktiver Partner weltweit wirken. Deutschland kommt dabei eine besondere Rolle in Europa zu –als verbindende Kraft, die Koalitionen ermöglicht und europäische Handlungsfähigkeit stärkt. Das Völkerrecht ist dabei nicht nur normativer Rahmen, sondern strategischer Kompass. Es strukturiert Kooperation, begrenzt Macht und eröffnet Handlungsspielräume. Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss daher das Völkerrecht nicht nur stärker als bisher verteidigen und Verstöße anprangern, sondern es auch aktiv gestalten.

Pierre Thielbörger,  
April 2026